



Weltwassertag 2013: Wasserversorgung nicht privatisieren

Weltwassertag 2013: Wasserversorgung nicht privatisieren
Anlässlich des für den 22. März von der UNESCO ausgerufenen Weltwassertages hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Bundesregierung aufgefordert, sich gegen Bestrebungen zu Privatisierung der öffentlichen Wasserversorgung zu wehren. Noch sei es möglich, die geplante EU-Richtlinie zur europaweiten Ausschreibung kommunaler Wasserwerke zu stoppen, sagte der BUND-Wasserexperte Sebastian Schönauer. Geschehe dies nicht, öffne sich für internationale Wasserkonzerne ein Einfallstor mit unabsehbaren Konsequenzen. Privatisierungen in europäischen Staaten wie Frankreich, Großbritannien, Portugal und zum Teil auch in Deutschland zeigten, dass die Verbraucher mit extrem steigenden Preisen und einer schlechteren Wasserqualität zu rechnen hätten. "Der Zugang zu sauberem und bezahlbarem Wasser ist ein Menschenrecht. Wasser ist keine Ware wie andere. Eine Privatisierung der Wasserversorgung nützt primär den Profitinteressen großer Konzerne und nicht den Verbrauchern. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Wasserversorgung aus der sogenannten Konzessionsrichtlinie der EU herausgenommen wird", sagte Schönauer. In Deutschland könnten vom Privatisierungszwang in der Wasserbranche etwa 250 Stadtwerke betroffen sein. Die Privatisierung des Wassers durch international agierende Großunternehmen führe zu teils horrenden Preissteigerungen und verschlechtere aufgrund fehlender Investitionen oft die Qualität des Wassers. Dies gelte vor allem für Ballungsräume, auf die sich das Interesse der großen Wasserkonzerne richte. "Die Privatisierung der Wasserversorgung führt in die ökologische und versorgungspolitische Sackgasse. Steigt der Preis für Wasser, können es sich am Ende nur noch Besserverdienende leisten. Deshalb gehört die Wasserversorgung in öffentliche Hand", sagte Schönauer. Die Wasserressourcen in Deutschland seien auch durch Pläne von Energiekonzernen zum sogenannten "Fracking" gefährdet, sagte der BUND-Experte. Wenn zur Gasförderung ein giftiger Wasser-Chemikalien-Mix in tiefliegende Schiefergesteine gepresst werde, könne es zur Verschmutzung des Grundwassers und von Flüssen und Seen kommen, warnte Schönauer. Neben dem "Fracking" sei in Deutschland die industrielle Landwirtschaft mit ihren hohen Pestizid- und Nitratreinträgen eine Hauptgefahr für die Wasserversorgung. "Zu den Folgeschäden der Massentierhaltung gehören die Überdüngung der Felder und die Verschmutzung der Gewässer", sagte Schönauer. Jedes Kilo Stickstoffdünger zu viel verursache bei der Wasseraufbereitung Zusatzkosten von etwa fünf Euro. Insgesamt koste die so verursachte Gewässerbelastung die Wasserkunden jährlich 7,5 Milliarden Euro. Der BUND unterstützt die Europäische Bürgerinitiative "Wasser ist ein Menschenrecht". Sie ist im Internet zu finden unter: www.bund.net/aktiv_werden/aktionen/wasser_ist_menschenrecht
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 / 27 58 64 - 0
Telefax: 030 / 27 58 64 - 40
Mail: bund@bund.net
URL: <http://www.bund.net>

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.